

Persönliche Stellungnahme

zu TOP 4 der Sitzung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel (FOLAG) am 08.05.2023 um 18:00 Uhr im Sitzungssaal Langenhorn in der Tangstedter Landstraße 6 in 22415 Hamburg, Straßenumbenennungen kolonialbelastete Straßen "Woermannsweg, Woermannsstieg, Justus-Strandes-Weg"

Sehr geehrte Mitglieder (m/w/d) des Regionalausschusses FOLAG, leider werde ich am 08.05.2023 nicht an Ihrer Sitzung teilnehmen können. Als betroffener Bürger möchte ich stattdessen ersatzweise schriftlich vortragen.

In den vergangenen beiden Wochen wandte ich mich schriftlich an sämtliche 109 Anwohnerparteien des Justus-Strandes-Wegs und fragte sie nach ihrer Meinung zur Straßenumbenennung: Sind Sie dafür, dagegen, ist es Ihnen egal? Alle Antworten – nur eine(!) Ausnahme – sprachen sich dagegen aus, erzählten teilweise von Gesprächen mit anderen Anwohnern, die ebenfalls sämtlich gegen eine Umbenennung seien.

Eine Nachbarin schrieb mir sehr schön:

"Geschichte ist Geschichte und kann nicht rückgängig gemacht werden. Deshalb wäre Aufklärung für mich der bessere Weg als einfach Straßennamen verschwinden zu lassen. Sollte die Straße umbenannt werden, würden die Menschen an dem neuen Straßenschild einfach vorbeilaufen, denn sie wissen ja in den allermeisten Fällen gar nicht, dass die Straße umbenannt wurde. Die Geschichte dahinter würde einfach verschwinden, und niemand würde mehr Notiz von den Geschehnissen nehmen. So kann die Aufarbeitung des kolonialen Erbes nicht funktionieren und nicht gelingen. Würde aber z. B. ein Hinweis am oder in der Nähe des Straßennamens angebracht, würden die Leute eher stehenbleiben, lesen und sich informieren und damit aufgeklärt und sensibilisiert werden."

Bitte bedenken Sie bei Ihrer Beschlußfassung auch die folgenden Argumente:

- Seit bald zwei Jahrzehnten gibt es in Hamburg Bemühungen, "koloniale" Straßennamen zu ändern. Wir Anwohner wurden bisher nicht danach gefragt, ob wir die Vorbehalte gegen unseren Straßennamen teilen und ob wir einer Umbenennung des Justus-Strandes-Wegs zustimmen oder nicht. Wir sollen lediglich alternative Namen vorschlagen dürfen. Das ist keine Bürgerbeteiligung, sondern Gängelung von oben.
- Bisher lag in Hamburg die Latte für die Umbenennung einer nach einem Menschen benannten Straße hoch. Voraussetzungen waren zBsp. daß die Person heutige Wertvorstellungen in eklatanter Weise verletzt oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder wissentlich bei ihren Handlungen den Tod eines Menschen einkalkuliert hatte. Das richtete sich gegen Personen, die in der NS-Zeit auf Grund der nationalsozialistischen Ideologie anderen Menschen aktiv und dauerhaft schaden.
- Justus Strandes (JS) war ein Hamburger Kaufmann, Befürworter von Kolonien, möglicherweise Antisemit, jedoch kein "Kolonialverbrecher". Er wurde nach seiner Rückkehr aus Ostafrika in Hamburg Senator und starb 1930 als angesehener, stets um Ausgleich bemühter und verdienter Bürger dieser Stadt. JS war ein Kind seiner Zeit; er paßte sich den politischen Entwicklungen an, ohne sie wesentlich beeinflussen zu können. Heute ist sein Engagement in Ostafrika Gegenstand kritischer Betrachtung, damals jedoch entsprach JS Haltung der üblichen Einstellung deutscher Bürger gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Eine entscheidende Rolle im Zusammenhang mit der Kolonisierung Afrikas spielte JS nicht. Es gibt daher keinen Grund dafür, seinen Namen auszulöschen.
- Herr Schäfer, der Leiter des Staatsarchivs, begründete bei der FOLAG-Sitzung am 17.04.2023 die Möglichkeit einer Namensänderung wie folgt. Er stelle sich vor, so Schäfer, daß ein ferner Nachfahre der Ostafrikaner, die vor rd. 150 Jahren von kolonialen Bestrebungen des Deutschen Reichs betroffen waren, beim Anblick des Namens "Justus Strandes" auf einem Hamburger Straßenschild verletzt sein könnte. Dieses "könnte" ist rein fiktiv und stellt kein Argument für eine Umbenennung dar.
- Ich halte es für unredlich und womöglich sogar manipulativ, mit wertenden Bedeutungsverschiebungen zu "argumentieren", wie es der Arbeitskreis "Hamburg postkolonial" in einem Text vom 04.01.2021 tut: "Justus Strandes war ein einflußreicher Hamburger Kolonialkaufmann in Ostafrika, Koloniallobbyist und Senator. Auf Sansibar **profitierte** das Handelshaus Hansing & Co., das er leitete, **vom System des**

Menschenhandels und der Versklavung am Indischen Ozean. (...) Lange Zeit stand Strandes in enger Verbindung mit dem **sklavenhandelnden** Sultan von Sansibar (...). Ebenso spielte Strandes eine **zentrale Rolle bei der gewaltsamen Inbesitznahme** der Kolonie "Deutsch-Ostafrika", wofür er Geldmittel und Waffen besorgte. Der Justus-Strandes-Weg wurde **unter der Herrschaft des NS-Regimes** 1938 benannt. (...) Seit 2014 hat sich Hamburg zur stadtweiten Dekolonisierung verpflichtet."

Diese Verwendung der Triggerworte "Sklave", "Gewalt" und "NS-Regime" geht an den Tatsachen vorbei. Zur Zeit von JS war der Sklavenhandel in Ostafrika bereits weitgehend verboten, die Händler und "Profiteure" waren dort ausschließlich Araber und Inder gewesen, JS hatte mit den letzten Resten des Sklavenhandels weder direkt noch indirekt zu tun und er spielte auch keine zentrale Rolle bei der Kolonisierung Ostafrikas, sondern nur eine – anfangs – mäßig unterstützende (Ausstattung von Söldnern). Siehe dazu die privaten und aus dem Nachlaß erst 2004 im Verlag Hanseatischer Merkur publizierten Lebenserinnerungen des Justus Strandes, sehr kundig kommentiert von den deutschen Historikern und Afrikawissenschaftlern L. Harding und F. Brahm.

Die Nazis übrigens wollten nicht etwa den Kolonialisten JS ehren, sondern die Erinnerung an den Juden Anton Rées ausmerzen, dessen Namen der Justus-Strandes-Weg bis 1938 trug.

- Das Ausmerzen von Unliebsamem sollten wir anderen Ländern und Zeiten überlassen. Das Ziel der "Dekolonialisierung" ist doch eher die Aufarbeitung und der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit.
- Die Mühen und Kosten einer Namensänderung werden nur nebenbei angesprochen. Es geht keineswegs nur darum, daß die Behörde der FHH eventuell auf die Kosten für die Änderung von Paß etc. verzichtet. Sämtliche Privat- und Geschäftskontakte (bei mir über 250 Stück!) müßten elektronisch oder schriftlich korrigiert werden, Paß etc. wären neu zu beantragen, Visitenkarten, Briefpapier, Geschäftsprospekte oder Stempel müßten neu hergestellt werden. Das alles wäre von uns selbst zu organisieren und zu bezahlen.
- Gemäß der Stellungnahme des Hamburger Senats vom 08.07.2014 zur "Aufarbeitung des kolonialen Erbes" sollen **"Vorhandene (...) Straßennamen (...) durch Diskussion, Kommentierung und aktive Gestaltung für eine Aufarbeitung der Vergangenheit einbezogen werden. (...) Der Fokus liegt auf der Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für das Thema Kolonialismus."** Im Fokus steht also nicht eine Umbenennung, sondern der differenzierte Umgang mit unserer Geschichte. Diese Haltung wird bestätigt im "Eckpunktepapier für ein gesamtstädtisches dekolonisierendes Erinnerungskonzept" vom 22.02.2021.

Eine kritische Betrachtung muß nicht zur Namensänderung führen. Eine hinweisende Ergänzung am Straßenschild erfüllte den Zweck deutlich besser.

Die Beseitigung von der Erinnerung dienenden Denk-Malen ist problematisch. Es ist doch eher Aufklärung geboten. Geschichte entsteht, weil Ereignis-Schichten übereinanderliegen: Geschichtetes eben. Wie sollen junge Leute verstehen, was vor ihrer Zeit geschah und die Grundlage bildet für das, was sie heute erleben, wenn unliebsame Zeugnisse einfach fortgeschafft werden? Straßennamen dienen zuerst einmal nur der Orientierung und können darüber hinaus auch über geschichtliche Zusammenhänge aufklären.

Ich grüße Sie mit dem herzlichen Wunsch, daß Sie eine konstruktive Diskussion führen und einen Beschluß im Sinne der vorgetragenen Argumente fassen mögen.